

Schicksalsschwere Tage

Aus der Zeit des Widerstandes und des Wiedererstehens Österreichs
im Bezirk Deutschlandsberg

Von Werner Tscherne

Es gibt Zeiten, in denen Initiative, eigenes Handeln und persönlicher Mut besonders gefragt sind und man gleichsam auf einen moralischen Prüfstand gestellt wird. Solche Zeiten waren zweifelsohne die letzten Jahre und Monate vor und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Immer wieder beeindruckt es zu erfahren, wie sich Menschen unter den damaligen schwierigen Umständen behauptet und verhalten haben. Die Lokalgeschichte hat das politische Geschehen dieser Zeit, das einen wichtigen Abschnitt in der Geschichte unserer Heimat bildet, zu erfassen, sie hat aber auch das Wirken von Personen, die sich im besonderen Maße bewährt haben, zu würdigen. Für den Bezirk Deutschlandsberg hat Herbert Blatnik in mühevoller Arbeit Aussagen von Zeitzeugen gesammelt und versucht, diese zu einem Gesamtbild zusammenzufügen.¹ Authentische Unterlagen, von Zeitgenossen stammend und bisher unbekannt geblieben, sowie durch sie ausgelöste weitere Nachforschungen ermöglichen es dem Verfasser, manches Bekannte genauer zu fassen, Neues zu bringen, die Vorgänge im Bezirk Deutschlandsberg von einer neuen, umfassenden Perspektive her zu betrachten und auf eine bisher übersehene Persönlichkeit, jene des Dr. Rader, einzugehen.²

Die Lage im Bezirk Deutschlandsberg im Sommer 1944 unterschied sich von der anderer Gebiete in der Steiermark.³ Während dort noch weitgehend äußere

¹ Herbert BLATNIK, Zeitzeugen erinnern sich an die Jahre 1938–1945 in der Südweststeiermark, 2. Aufl., Eibiswald 2000; vgl. auch Siegfried BEER (Hg.), Die „britische“ Steiermark 1945–1955 (= Forschungen zur geschichtlichen Landeskunde der Steiermark, hg. v. d. Historischen Landeskommision, 38. Bd.), Graz 1985.

² Bei der Arbeit am Buche „Geschichte der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg. Verwaltung – Gendarmerie – Schulwesen“ von Werner TSCHERNE u. Helmut GEBHARD (= Veröff. d. Stmk. Landesbibliothek 25), Deutschlandsberg 2001, gelangte der Verfasser in Kontakt mit Herrn Botschafter Dr. Franz Rader, der ihm Unterlagen aus dem Nachlass seines Vaters Dr. Franz Rader sen. überließ. Dieser war als provisorischer Bezirkshauptmann vom Mai bis Juni 1945 in Deutschlandsberg tätig. Diese Unterlagen werden in Folge als Akte Rader zitiert. Der Verfasser ist Botschafter Dr. Franz Rader dafür und für die Durchsicht des Manuskriptes zu besonderem Dank verpflichtet.

³ Die folgende Darstellung beruht auf BLATNIK, Zeitzeugen (wie Anm. 1), Christian FLECK, Koralmpartisanen. Über abweichende Karrieren politisch motivierter Widerstandskämpfer

Ruhe herrschte, hatte hier schon der Bodenkrieg begonnen. Partisanenverbände, die aus Jugoslawen, aber auch aus Österreichern bestanden, hatten in Kärnten und der ehemalige Untersteiermark fest Fuß gefasst und waren schließlich bis in den Bezirk Deutschlandsberg vorgedrungen. Im Sommer 1944 überschritten jugoslawische Partisanen, vom Bachern (Pohorje) kommend, die Drau und setzten sich in den bewaldeten Höhen des Radlgebirges und des Remschnigg fest. Im Juli und August kam es erstmals zu Zusammenstößen mit deutschen Kräften, die auf beiden Seiten Todesopfer forderten. Im September wurde die Drau von stärkeren Abteilungen der jugoslawischen Partisanen, insgesamt von zwei Bataillonen, überquert, die dann im Waldgebiet von der Soboth bis zum Remschnigg operierten. Im gleichen Monat setzte eine Gruppe österreichischer Partisanen, an die zwanzig Mann stark, mit jugoslawischer Unterstützung in Kärnten über die Drau. In einem strapaziösen Marsch erreichte sie, ihren Weg über die Saualpe nehmend, steirischen Boden. Da sie kaum Unterstützung durch die Bevölkerung fand, vermochte sich diese Gruppe im Gebiet der Glein- und Koralpe nicht zu halten. Sich in Richtung Radl zurückziehend, suchten und fanden die Männer Anschluss an die sich in dieser Gegend aufhaltenden jugoslawischen Einheiten. Von Jugoslawen und Österreichern gemeinsam wurden im Herbst Aktionen geplant und durchgeführt. Ende Oktober wurde versucht, den Ort St. Oswald ob Eibiswald zu überrumpeln, Anfang November die Soboth vorübergehend besetzt und Oberhaag im Bezirk Leibnitz vergeblich angegriffen.

Diese Aktivitäten waren für die deutsche Seite, die bisher die Partisanengefahr kaum ernst genommen hatte, Alarmzeichen. Man verlegte Truppen, darunter Einheiten des 18. Gebirgsjägerregimentes, in das gefährdete Gebiet und verstärkte den von Gendarmen und Landwacht durchgeführten Streifendienst. Es gelang, Partisanenverbände zum Kampf zu stellen, aber nicht, die Kontrolle über das Gebiet Remschnigg – Radlberg wiederzuerlangen. Die Partisanen zogen sich in die Wälder, vor allem auf die Südabhänge des Gebirges, zurück, fühlten sich aber stark genug, um am 6. Jänner 1945 einen Handstreich gegen Eibiswald zu versuchen. Dieser misslang, erregte jedoch Aufsehen.⁴ Die Lage änderte sich auch nicht, als nach dem Abzug der Gebirgsjäger die 14. SS-Division Galizien, von der Bevölkerung öfter mit Wlassowtruppen verwechselt, in das Drautal und in den Bezirk Deutschlandsberg verlegt wurde. Im März kam es zu Schusswechseln in der Soboth beim Gasthaus Skutnik und in Laaken, die für beide Seiten verlustreich verliefen.

Die Lage wandelte sich, als die sowjetische Armee im Burgenland die Reichsgrenze überschritt und in die Oststeiermark vordrang. Der drohende Verlust des Krieges und das nahende Ende der nationalsozialistischen Herrschaft wurde vielen Soldaten deutlich bewusst. Manche von ihnen, welche sich nicht im letzten Augenblick sinnlos verheizen lassen wollten, schlossen sich den Partisanen an. Durch diesen Zuzug stärker geworden, lösten sich im April die österreichischen Kämpfer von den jugoslawischen Verbänden. Sie ergriffen die Initiative und stießen auf der

Koralpe bis Glashütten vor. Von beiden Seiten wurde der Kampf gnadenlos geführt. Gefangen genommene Partisanen wurden ohne Gerichtsverfahren kurzerhand erschossen, bei Kommandounternehmungen schreckten diese vor harter Vergeltung nicht zurück.

Mit der bedingungslosen Kapitulation, die am 7. Mai in Reims und am 8. Mai in Berlin-Karlhorst erfolgte, fand der Krieg auch im Koralmgebiet ein Ende. Die Partisanen sahen sich am Ziel und rückten am Morgen des 8. Mai in Schwanberg ein, wo noch vor kurzem der Nationalsozialismus Opfer gefordert hatte. Sie entwaffneten deutsche Truppen, die sich im Ort aufhielten, und übernahmen die Macht. In der Steiermark war zumindest der Markt Schwanberg von österreichischen Kämpfern befreit worden. Als diese zu Mittag die Stadt Deutschlandsberg erreichten, stießen sie auf eine Gruppe der österreichischen Widerstandsbewegung, die dort bereits das Heft in die Hand genommen hatte. Man vereinigte sich und trat gemeinsam auf. Am 13. Mai rückten die österreichischen Widerstandskämpfer ab und verließen den Bezirk, um bald darauf aufgelöst zu werden. Der Lorbeer des Sieges oder auch nur der Lohn, der oft mit diesem verbunden ist, wurde ihnen nicht zuteil.

Wie verhielt sich die Bevölkerung von Deutschlandsberg und Schwanberg zu Kriegsende? Sie war kaum anders gesinnt gewesen als die Leute anderswo im Lande. Ein beachtlicher Teil der Intelligenz, der Lehrer, der Ärzte, aber auch der Wirtschaftstreibenden und Bauern, war national oder sogar nationalsozialistisch eingestellt gewesen; viele von ihnen ließen sich in dieser Auffassung weder durch die Nachricht von furchtbaren Niederlagen noch durch das Auftreten von Partisanen beirren. Auch diejenigen, die sich ein kritisches Denken bewahrt hatten, hatten sich dem nationalsozialistischen Regime und dem in zunehmendem Maße von ihm ausgeübten Zwang meist gefügt. Erst als der Blutzoll stieg, der dem Volke abverlangt wurde, als der Glaube an den noch immer lauthals verkündeten Endsieg von der Realität immer stärker widerlegt wurde, begann sich diese passive Einstellung zu ändern. Die äußere Fügsamkeit ließ nach, die Ablehnung wandelte sich zur Erbitterung, und bei einigen erwachte der Wille, sich zu wehren und in welcher Form auch immer Widerstand zu leisten.

Schon 1943 war es in Frauental zur Bildung einer Widerstandsgruppe gekommen. Ein Frauentaler Arbeiter, der in der Obersteiermark tätig gewesen war und der Widerstandsgruppe Leoben-Donwitz angehört hatte,⁵ war in seine Heimat zurückgekehrt, hatte dort die politische Tätigkeit fortgesetzt und andere Leute an sich gezogen. Eine Gruppe von Männern verbarg sich oder „tauchte unter“ und fand Hilfe bei Bauern, welche sie insgeheim versorgten. Als einer der Teilnehmer verhaftet wurde, teilte die Gruppe sich, und jeder suchte sich auf eigene Faust durchzuschlagen. Eine Denunziation löste dann eine Verhaftungswelle aus, die über fünfzig Verdächtige erfasste. Damit war der erste Versuch eines Widerstandes im Bezirk Deutschlandsberg erloschen. Der Gedanke des Widerstandes flackerte aber in unterschiedlicher Form bald wieder auf. Man nahm das Risiko auf sich, so genannte Feindsender zu

(= Materialien zur historischen Sozialwissenschaft 4), Wien/Köln 1986, Werner TSCHERNE, Von Ybanswalde zu Eibiswald, Eibiswald 1995, sowie auf Berichten einer Reihe von Zeitzeugen.

⁴ TSCHERNE, Von Ybanswalde zu Eibiswald (wie Anm. 3), 333.

⁵ Max MUCHITSCH, Die Rote Stafette, Wien 1985, 247.

hören und dafür schwere Strafen auf sich zu nehmen. Man las Flugblätter, die von alliierten Flugzeugen abgeworfen worden waren, und wagte es, darüber zu sprechen und Meinungen auszutauschen. Manchmal wurde der Unmut öffentlich sichtbar, wie etwa in Eibiswald, wo nächtlicherweise eine Gedenktafel zertrümmert wurde, die an die Abstimmung des Jahres 1938 erinnerte.⁶ Zerfallserscheinungen wurden sichtbar. Soldaten kehrten nicht mehr zu ihren Einheiten zurück, Kriegsgefangene und ausländische Zwangsarbeiter, die ihre Lager verlassen hatten, fanden oft bereitwillig Unterstützung. In Schwanberg kam es dabei zu einem verhängnisvollen Vorfall. Ein Holländer ungewisser Herkunft, der im Verborgenen lebte, erschoss in der Umgebung von Schwanberg einen Gendarmen, der ihn festnehmen wollte. Eine Großfahndung wurde eingeleitet. In deren Verlauf wurden auch Personen festgenommen, die mit diesem Vorfall nichts zu tun hatten oder von denen bekannt war, dass sie der Partei ablehnend gegenüberstanden. Am Ende wurde eine Reihe von ihnen ohne Verhandlung und Urteil ermordet und verscharrt.

Nahe dem Kriegsende fanden sich in Preding Menschen zusammen, die in der Ablehnung des Nationalsozialismus übereinstimmten und in Sorge für ihren Heimatort für das vorauszusehende Kriegsende Vorkehrungen treffen wollten. Durch Zufall hat sich ein Bericht über diese Gruppe erhalten.⁷ Im Sommer 1944 warfen alliierte Flugzeuge in der Weststeiermark Flugblätter ab, in denen zur Bildung einer österreichischen Freiheitsbewegung aufgefordert wurde. Ein Jäger fand sie im Walde, nahm einige Exemplare in den Ort mit und sprach darüber im engeren Bekanntenkreis. Eine kleinere Gruppe Gleichgesinnter bildete sich und gab sich im Februar 1945 eine feste Organisation. Man kam regelmäßig in einem bestimmten Gasthaus zusammen, einigte sich über einen engeren Arbeitsausschuss, vereinbarte Losungsworte, um vor Überraschungen sicher zu sein, besorgte Waffen und Munition für alle Beteiligten. Ein Treffpunkt wurde ausgemacht, bei dem sich im Falle der Gefahr alle einfinden sollten. Als die Kriegslage sich verschlechterte, richtete man einen ständigen Radiodienst ein und hielt tägliche Besprechungen ab. Einem Gendarmeriebeamten, welcher der Gruppe angehörte, gelang es, auch den stellvertretenden Postenkommandanten zu überzeugen, der im April sogar die Führung des Ganzen übernahm. Man kam überein, jeden Einsatz des Volkssturmes zu verhindern, nationalsozialistischen Gewaltmaßnahmen entgegenzutreten und die Panzersperren, die auf Anordnung der Kreisleitung in Preding und Umgebung errichtet worden waren, offen zu halten, um es zu keinem Kampf um den Markt kommen zu lassen.

Dieser Bericht mag einiges überzeichnen, und die Tätigkeit dieser Gruppe kann, von heute aus gesehen, als unerheblich angesehen werden, festzuhalten ist doch, dass jeder, der sich an solchen Aktivitäten beteiligte, sein Leben riskierte. Auch fürchtete man Einheiten der Deutschen Wehrmacht, die im Ort stationiert waren, und agierte unter den Augen einer Ortsgruppenleitung der Partei, die als besonders

⁶ BLATNIK, Zeitzeugen (wie Anm. 1), 248.

⁷ Bericht über die Entwicklung der österreichischen Freiheitsbewegung in Preding, Akte Rader, und Beilage zu Registrierungsakten Preding. Dazu auch Gernot Peter OBERSTEINER, Marktgemeinde Preding, Preding 2002.

aktiv bekannt war. Daher stellte man diese unter besondere Beobachtung und wagte es nicht, Kontakte zu ähnlich tätigen Gruppen im Umkreis herzustellen. Gespräche wurden nur mit dem Amtstierarzt des damaligen Landratsamtes Dr. Rader geführt, bei dem man eine „Übereinstimmung in der Gesinnung“ feststellte.

Nicht allein in Preding kam es zu Absprachen von Menschen, die Mut besaßen und sich um die Zukunft sorgten. Auch in Deutschlandsberg fand sich ein Kreis von Leuten zusammen, die dem Nationalsozialismus von Anfang an mit Misstrauen gegenüberstanden waren. Ihm gehörte neben Gendarmen und Beamten des Landratsamtes auch der erwähnte Amtstierarzt Dr. Rader an. Man traf Absprachen, wie bei Kriegsende vorgegangen werden sollte, und bildete eine Zelle der „Österreichischen Freiheitsfront“.⁸ Der Gendarmeriebeamte Kern nahm Kontakte mit den Kämpfern auf der Koralpe auf und teilte die Streifen des Volkssturms so ein, dass Zusammenstöße tunlichst vermieden wurden. Die Verhaftung des fanatischen und unbeliebten Kreisleiters wurde geplant.⁹

Das Kriegsende kam anders und rascher, als es sich die meisten vorgestellt hatten. Der unvermeidlich gewordenen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht folgte der blitzartige Sturz der nationalsozialistischen Herrschaft. Zu Mittag des 8. Mai wurde im Radio verlautbart, dass alle Funktionäre der Partei ihrer Funktionen und Ämter enthoben seien. Das bedeutete nicht nur das Ende der Partei, sondern auch die Auflösung der Verwaltung, die plötzlich über keine Leitung, über wenige Beamte und so gut wie keine Bürgermeister und Gemeindegemeinschaften mehr verfügte. Dennoch entstand in den meisten Orten des Bezirkes kein politisches Vakuum. Fast überall fanden sich Männer, die sich entschlossen, auch in schwieriger Zeit freiwillig öffentliche Aufgaben auf sich zu nehmen. Viele von ihnen waren schon vor 1938 im öffentlichen Leben tätig gewesen, andere hatten sich erst im Laufe der Zeit vom Nationalsozialismus abgewandt. Nun übernahmen sie in der Not des Tages die Verantwortung. Dass dabei manchmal auch weniger geeignete Leute zum Zuge kamen, welche die Gelegenheit nützten, war im Trubel dieser Tage nicht auszuschließen.

Die dem Verfasser zur Verfügung gestellten Unterlagen machen es möglich, den Verlauf dieser dramatischen Tage in der Stadt Deutschlandsberg beinahe stundengenau zu verfolgen. Am Morgen des 8. Mai traf im Kreisamt, wie die Bezirkshauptmannschaft damals genannt wurde, eine Telefondepesche des Gendarmeriekreisführers ein. In ihr wurde mitgeteilt, der Ort Schwanberg mit Gendarmerieposten sei um 5 Uhr 15 von Partisanen besetzt worden, es seien jedoch keine Todesopfer zu beklagen.¹⁰ Um 10 Uhr wurde von Graz aus telefonisch durchgegeben, dass sich

⁸ Lebenslauf, Akte Rader.

⁹ Aussage Friedrich Kormann, Fahrbereitschaftsleiter des Kreises Deutschlandsberg, und des Gendarmeriebeamten Alfred Kern am 4. August 1945, Registrierungsakten der Gemeinde Deutschlandsberg, 1945–1950, BH Deutschlandsberg Schuber 14/II, Steiermärkisches Landesarchiv Graz.

¹⁰ Telefondepesche des Gendarmeriekreisführers vom 8. Mai 1945: „Um 5 Uhr 15 wurde der Ort Schwanberg mit Gendarmerieposten durch Partisanen besetzt. Todesopfer sind keine.“ Akte Rader.

eine Provisorische Steiermärkische Landesregierung gebildet habe und die Kreisleiter ihrer Funktion zu entheben seien. Beide Seiten, die Widerstandskämpfer wie die Spitzen der Nationalsozialisten, fanden, dass die Zeit zum Handeln gekommen sei. Die Zelle der „Österreichischen Freiheitsfront“, die sich nun „Antifaschistisches Komitee“ nannte, begann sofort tätig zu werden. Der Amtstierarzt Veterinär Dr. Rader, der diesem Komitee vorstand, übernahm die Leitung des neu aufgestellten „Sicherungs- und Ordnungsdienstes“ und faktisch auch die Führung des Landratsamtes,¹¹ dessen Beamte mit wenigen Ausnahmen ihren Dienst weiter versahen. Dem Glasermeister Topolnik wurde das Bürgermeisteramt der Stadt Deutschlandsberg übertragen, und Franz Jöbstl, ein ehemaliger Spanienkämpfer, wurde provisorischer Sicherheitskommissar. Landrat Dr. Josef Huber blieb formell noch einige Tage im Amt, da er, wie Dr. Rader meinte, „durch sein Verhalten schon vor dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gezeigt habe, dass er zur unabhängigen Republik Österreich positiv eingestellt“ sei. In der Tat existiert ein Aktenstück, das von Dr. Huber noch am 13. Mai als Landrat unterzeichnet worden ist. Dann übernahm Dr. Rader auch dem Namen nach die Leitung des Landratsamtes als provisorischer Bezirkshauptmann.

An dieser Stelle scheint es nötig, auf die Person Dr. Raders einzugehen.¹² Er erblickte am 25. August 1897 in Wien das Licht der Welt, ging dort, in der Hauptstadt des großen Österreich-Ungarn, in die Schule, die er mit der Matura abschloss. Im Ersten Weltkrieg diente er als Einjährig-Freiwilliger beim Infanterieregiment 47, wurde an der Isonzofront eingesetzt und als junger Leutnant mit der Großen Silbernen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet. Nach Kriegsende studierte er an der Wiener Tierärztlichen Hochschule und schloss das Studium mit ausgezeichnetem Erfolg ab. Zunächst als Assistent an der Tierärztlichen Hochschule tätig, trat er dann in den Dienst der Steiermärkischen Landesregierung. Dabei lernte er die Tochter des Tierarztes in Bruck an der Mur kennen und lieben, die dann seine Frau wurde. Im Februar 1936 wurde Dr. Rader als Amtstierarzt nach Deutschlandsberg versetzt, wo er mit Unterbrechungen bis 1950 verblieb. Durch seine Tätigkeit, die ihn jahrelang kreuz und quer durch den Bezirk führte, lernte er diesen und seine Menschen kennen und schätzen. Anlässlich seiner Ernennung zum Veterinär Dr. Rader wurde 1936 an der Bezirkshauptmannschaft ein Festgedicht verfasst. In ihm wird Dr. Rader als „Mann mit Rat und Tat für Menschen und für das Tier“ und als Wiener „mit einem für jeden offenen Herzen und offener Tür“ gewürdigt. Zeitgenossen erinnern sich an Dr. Rader als einen Mann mit Durchsetzungsvermögen, der mitunter auch aufbrausen konnte, aber vernünftigen Worten stets zugänglich war.

Der „Anschluss“ 1938 bedeutete für ihn, der Vertrauensmann der Standesvertretung der Beamenschaft des Landes Steiermark gewesen war und als „Schwarzer“ galt, eine gewisse Enttäuschung. Doch stellte auch er, wie es von jedem Beamten

¹¹ TSCHERNE, Verwaltung, in: Geschichte der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg (wie Anm. 2), 78 ff.

¹² TSCHERNE, Verwaltung (wie Anm. 11), Akte Rader und Mitteilung Dr. Franz Rader.

damals gefordert wurde, einen Antrag auf Aufnahme in die Partei, zu der es allerdings nie kam. Von August 1939 bis Dezember 1940 diente Rader als Stabsveterinär bei der Deutschen Wehrmacht, im Frühjahr 1941 war er einige Wochen beim Aufbau einer Veterinärverwaltung in der besetzten Untersteiermark tätig. Danach kehrte er in das Hauptgebiet seines Wirkens, in den Bezirk Deutschlandsberg, zurück. Als sich die Kriegslage zusehends aussichtsloser gestaltete, stellte sich für Dr. Rader die Frage, was man für die Zukunft tun könne und müsse. Bei seiner tierärztlichen Amtstätigkeit, die ihn durch den Bezirk führte, traf er mit vielen bäuerlichen Menschen zusammen, darunter auch Kritikern und Gegnern des Nationalsozialismus. Nach seinen Aufzeichnungen besprach er sich seit Herbst 1943 mit Gleichgesinnten. Im Herbst 1944 nahm er Kontakte mit den jugoslawischen und seit Jänner 1945 mit den österreichischen Partisanen auf, die sich als Kampfgruppe Steiermark der Österreichischen Freiheitsfront bezeichneten. Anfang April 1945 entstand in der Stadt Deutschlandsberg eine eigene Gruppe der Österreichischen Freiheitsfront. In ihr fiel Dr. Rader schon auf Grund seiner amtlichen Stellung eine führende Rolle zu. Am 8. Mai trat er an die Spitze des rasch gebildeten „Antifaschistischen Komitees“ und begann sofort zu handeln. Unter den damaligen Umständen war eine ziemliche Portion Mut erforderlich, um Maßnahmen und Anordnungen gleichsam auf eigene Faust zu treffen.

Zurück zu den aufregenden Stunden des 8. Mai in der Stadt Deutschlandsberg.¹³ Als Leiter des Sicherungs- und Ordnungsdienstes ordnete Dr. Rader an, sämtliche Gendarmeriebeamte und Volkssturmmänner auf die Provisorische Steiermärkische Landesregierung zu verpflichten. Dies bereitete bei der Gendarmerie keine Schwierigkeiten, erwies sich aber beim Volkssturm nur zum Teil als durchführbar, da dieser sich sofort aufzulösen begann. Schon um 11 Uhr hatte man in Deutschlandsberg eine Ordnungstruppe aus Mitgliedern der Freiheitsfront und Volkssturmmännern gebildet, gemeinsam mit der Gendarmerie das Landratsgebäude und die Post besetzt und den Sicherheits- und Verkehrsdienst übernommen. Ihr wurde auch befohlen, prominente Nationalsozialisten, wie den gefürchteten Kreisleiter Dr. Suetter, den Ortsgruppenleiter und Führer des Volkssturms Direktor Reichenwallner, den Kreisamtsleiter, den Stabschef des Volkssturmes, den Leiter des S.D., den Kreisbauernführer, den Kreisschulungsleiter, den Obmann der Deutschen Arbeitsfront, den SA-Sturmführer und die Leiterin der Kreisfrauenschaft festzunehmen. Dieses Vorhaben glückte nur zum Teil, da auch die Gegenseite die Zeichen der Zeit verstanden hatte. Eine Reihe der führenden Nationalsozialisten war bereits geflohen, und die Hauptpersonen, Kreisleiter und Kreisamtsleiter, hatten sich unter den Schutz des Ortskommandanten der Deutschen Wehrmacht, eines Hauptmannes Schmidt, begeben. Dieser kleidete beide in Wehrmachtuniformen und drohte seinerseits Dr. Rader mit der Verhaftung. Der Leiter des Wehrmeldeamtes, ein Oberstleutnant, an den sich Dr. Rader wandte, weigerte sich einzugreifen, vorgeblich aus dem Grunde, weil ihm keine Soldaten

¹³ Bericht über die Tätigkeit als Leiter der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, drei eng beschriebene Maschinschriftseiten, Akte Rader.

zur Verfügung stünden. Kreisleiter und Kreisamtsleiter erkannten, dass für sie der Boden der Stadt zu heiß geworden war. Was zur Flucht fehlte, war das für die zur Verfügung stehenden Autos nötige Benzin. Ein Offizier und nach ihm der erzürnte Kreisleiter riefen den Landrat an, der sich die Ausgabe von Treibstoff vorbehalten hatte. Als dieser ablehnte, griff man zur Gewalt. Man fuhr zur Tankstelle Ceni, die jedoch gesperrt war. Ein erschrockener Lehrling wurde gezwungen, in die versperrte Wohnung des Tankstellenbesitzers einzubrechen, die nötigen Schlüssel zu besorgen und die Autos aufzutanken. Gendarmen und Ordnungsleute waren inzwischen vor der Kreisleitung eingetroffen, fanden diese aber schon verlassen. Als der Kreisamtsleiter noch einmal erschien, um Geldmittel herauszuholen, wollten sie diesen festnehmen, doch ließ ihm Hauptmann Schmidt durch einen Zug Infanterie den Weg freimachen. Die Gendarmen, die sich den beiden Autos der Kreisleitung und ihrem militärischen Geleit in der Stadt in den Weg stellten, wurden vom Militär gezwungen, die Straße freizugeben. Einige Angehörige der Ordnungstruppe wollten den Kreisleiter aus dem Konvoi herausschießen, aber Dr. Rader, der ein Blutbad befürchtete, untersagte es. Als man in Stainz versuchte, die Wagenkolonne aufzuhalten, drohte der den Befehl führende Oberleutnant, das Feuer zu eröffnen und erzwang auf diese Weise freie Bahn. Die nationalsozialistische Führungsspitze des Bezirkes hatte sich auf diese Weise gewaltsam und nicht gerade vornehm verabschiedet. Sie hatte aus der Kreisleitung sämtliches Bargeld, darunter die Löhnung des Volkssturms, mitgenommen und einen Lehrling gezwungen, einen Einbruch zu begehen.

Dr. Rader nahm sofort Verbindung mit den österreichischen Freiheitskämpfern auf, die Schwanberg besetzt hatten. Um 15 Uhr erschien ein Vortrupp von ihnen unter dem Kommando von Ferdinand Kropf, überredete in der Umgebung noch anwesende ukrainische SS zur Waffenstreckung und zum Abmarsch und setzte sich mit den Männern des Antifaschistischen Komitees ins Einvernehmen. Auch nach dem Eintreffen der gesamten Einheit kam es in der Stadt weder jetzt noch später unter jugoslawischer Besetzung zu irgendwelchen Racheakten. Die Nationalsozialisten, derer man hatte habhaft werden können und die schon das Schlimmste befürchteten, wurden nur gezwungen, dem Begräbnis der Opfer beizuwohnen, die auf Befehl des Kreisleiters auf der Hebalpe ermordet worden waren.¹⁴ Nach Berichten von Zeitzeugen waren das Antifaschistische Komitee wie die Österreichische Freiheitsfront bestrebt, das wirtschaftliche Leben in Gang zu halten. Die Kreisfrauenschaftsleiterin, Inhaberin eines Geschäftes, wurde aus diesem Grunde aus der Haft entlassen.¹⁵ Viel war dem provisorischen Sicherheitskommissar Franz Jöbstl zu verdanken, der Spanienkämpfer gewesen war, unter dem Nationalsozialismus gelitten hatte, aber human vorging und sich etwa standhaft weigerte, dem jugoslawischen Geheimdienstchef trotz dessen Drängens Namen von bekannten Nationalsozialisten zu nennen.

Dr. Rader und seine Männer hatten bald mit anderen Sorgen zu ringen. Durch den Bezirk Deutschlandsberg zogen laufend Einheiten des ungarischen Heeres und

¹⁴ FLECK, Koralm partisanen (wie Anm. 3), 156.

¹⁵ Mündliche Aussagen der Betroffenen.

der Deutschen Wehrmacht, die den nachdrängenden Russen über Weinebene und Hebalpe zu entkommen versuchten. Man war bemüht, sie zum raschen Weitermarsch zu bewegen. Dr. Rader verhandelte mit Abordnungen einer ungarischen und einer aus Wien stammenden Truppe und bewog sie, auf eine längere Rast zu verzichten. Als ein Wehrmachtstreck mit etwa neunzig Rindern eintraf, übernahm er diesen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch für die nächste Zeit zu sichern.

Am Nachmittag des 8. Mai begannen sich die Dinge zu überstürzen. Um 16 Uhr langte aus Lannach die Meldung ein, Panzer der Roten Armee würden in Richtung Stainz rollen. Zugleich wurde Deutschlandsberg von den Spitzen einer ungarischen Einheit und einer SS-Truppe erreicht, die bei Schwanberg bereits ein Gefecht mit den Partisanen ausgetragen hatte. Dr. Rader verhandelte mit den führenden Offizieren beider Teile, wobei ein SS-Sturmabführer drohte, Waffengewalt anzuwenden und Dr. Rader zu erschießen. Die Ungarn ließen aber beim Abmarsch der SS den Vorrang, die daraufhin über Freiland abzog.

Um 18 Uhr kam dann von der Gendarmerie die telefonische Nachricht, dass russische Panzer Stainz in Richtung Frauental und Gams passiert und auch schon Preding besetzt hätten. Mitglieder des Antifaschistischen Komitees waren damals vermutlich der Meinung, man müsse alles Mögliche unternehmen, damit zumindest die Stadt Deutschlandsberg und ein Teil des Bezirkes nicht von den Russen, sondern von den in Kärnten vorrückenden Briten besetzt werden würde. Nur so ist es erklärbar, dass der Kommissar der Freiheitskämpfer Karl Matl den sowjetischen Truppen entgegenfuhr und angeblich sogar einen Major, der kommandierte, zur Umkehr bewegen konnte. Inzwischen erfuhr man, dass ehemalige britische Kriegsgefangene, die sich in Gams befanden, mit der Zivilverwaltung verhandeln wollten. Rader und Matl fuhren nach Gams, sprachen mit einem angeblichen Hauptmann und trafen mit ihm eine Vereinbarung. Die britischen Kriegsgefangenen sollten zusammengefasst werden, der Hauptmann werde sich mit dem Auto Dr. Raders zu den britischen Truppen nach Kärnten begeben, „damit diese verstärkt durch Kriegsgefangene und österreichische Freiheitskämpfer die Stadt und einen Teil des Bezirkes Deutschlandsberg besetzen könnten“.

Erstaunlich ist, dass sogar kommunistisch gesinnte Freiheitskämpfer eine sowjetische Besetzung als das größere Übel betrachteten und dass Dr. Rader sein Personenauto, einen Steyr 50, einem ehemaligen Kriegsgefangenen bereitwillig zur Verfügung stellte. Doch entsprach dies wohl der damaligen allgemeinen Stimmungslage. Der Offizier wie das Auto blieben übrigens für immer verschollen. Der Aktion, die man in Deutschlandsberg unternommen hatte, blieb im Gegensatz zu dem Täuschungsmanöver, das man in Murau wagte, der Erfolg versagt.¹⁶ Doch spricht sie für die beteiligten Personen.

Als in den Abendstunden sich in der Stadt Deutschlandsberg die Kunde verbreitete, die Russen seien im Anmarsch, drohte eine Panik auszubrechen. Dr. Rader und seine Leute bemühten sich, „die Leute zu bewegen, die Stadt nicht zu verlassen“. Die

¹⁶ Stefan KARNER, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945, Graz/Wien 1986, 427.

ganze Nacht hindurch und auch noch am Vormittag des 9. Mai strömten deutsche und ungarische Truppen in ununterbrochenem Zuge durch die Stadt und ihre Umgebung Richtung Westen, und „es wurde auch viel geschossen“. Am 9. Mai um 12 Uhr 30 erschienen dann sowjetische Truppen. Damit ging die Absetzbewegung zu Ende. Die Sowjets entwaffneten die letzten Fliehenden und nahmen Zurückgebliebene gefangen. Dr. Rader meldete sich als „Vertreter der Zivilverwaltung der unabhängigen Republik Österreich“ bei einem Oberst. Dieser ließ durch einen Dolmetsch mitteilen, man brauche keine Angst zu haben. Leider entsprachen die Taten nicht völlig diesen Worten. Unter dem Vorwand, nach deutschen Soldaten und nach Waffen zu suchen, wurden schon am Nachmittag gewaltsam Häuser betreten und Wohnungen geplündert. Vorhandene Alkoholvorräte „wurden von den Russen sofort in großen Mengen vertilgt“, es kam zu Ausschreitungen und zur Vergewaltigung von Frauen. Die Schrecken des Krieges hatten auch die Weststeiermark erreicht.

Schon am 16. Mai unternahmen Dr. Rader und Topolnik eine erste Visitationsfahrt, die sie nach Schwanberg, Wies, Pöfing-Brunn und St. Martin führte. Beeindruckend und als historische Quelle geradezu einmalig ist der Bericht über diese Fahrt, der sich erhalten hat.¹⁷ Von Schwanberg wird festgehalten, der Markt und seine Umgebung seien zunächst von russischen Truppen besetzt gewesen und stark geplündert worden. Unter der bulgarischen Besetzung hätten die Plünderungen nachgelassen. Es gebe ein bulgarisches Ortskommando, mit dem eine gute Zusammenarbeit möglich sei. Auch in Mainsdorf, Hollenegg und St. Peter lägen bulgarische Einheiten, Garanas und Gressenberg hingegen seien besatzungsfrei. Die Bulgaren hatten mehrere Magazine mit Waren, die Grazer Firmen hierher verlagert hatten, beschlagnahmt, wollten aber einen Teil der Vorräte für die Bevölkerung freigeben. Mehl sollte auf bulgarischen Lastwagen von der Dengg-Mühle nach Schwanberg gebracht werden, Fleisch sei genügend vorhanden. Die Gendarmerie war von den Bulgaren entwaffnet worden, Streifen wurden von diesen durchgeführt. Umquartierte und Flüchtlinge sollten Schwanberg bis 17. Mai verlassen, eine Forderung, die unmöglich zu erfüllen war. Dr. Rader verfügte, dass vom stark besetzten Gendarmerieposten Schwanberg zwei Gendarmen nach Groß St. Florian abzugehen hatten. Da man sich über die Bestellung eines Bürgermeisters nicht einigen konnte, sollte der Gemeindebeamte Hermann die Geschäfte vorläufig führen. In Garanas konnte für die Stelle des Bürgermeisters keine geeignete Person ausfindig gemacht werden, „da sämtliche in Betracht kommende Personen anscheinend illegale waren“. Leichter ließ sich der Fall in Gressenberg lösen.

Wies war kurze Zeit von Titotruppen besetzt gewesen, „die sich sehr gut benommen hatten“. Zu starken Plünderungen hingegen war es unter sowjetischer und bulgarischer Besetzung gekommen. Die bulgarische Einheit, die nun in Wies stationiert war, gehörte zu einer Division, deren Kommando sich in Gleinstätten befand.

¹⁷ Schreiben des Leiters des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes im Kreise Deutschlandsberg: Am 16. Mai unternahm ich in Begleitung des Vorsitzenden der Antifaschistischen Partei in Österreich für den Kreis Deutschlandsberg Topolnik eine Visitation in Schwanberg, Wies, Pöfing-Brunn und St. Martin, Akte Rader.

Die Geschäfte des Bürgermeisters besorgte für Wies, Altenmarkt, Vordersdorf, Wernersdorf und Wielfresen der Eisenbahnarbeiter Johann Kraus, der Ortsgruppenleiter war geflohen. Auch hier war die Gendarmerie entwaffnet worden und besorgten die Bulgaren den Streifendienst.

Pöfing-Brunn war zunächst von Titotruppen und dann von den Sowjets besetzt worden, die geplündert und sich an Frauen vergangen hatten. Nun lagen Bulgaren dort, die gut für die Bevölkerung sorgten. Als Bürgermeister fungierte der Eisenbahner Konrad Brauchart, der – wie Rader meinte – „ausgezeichnet arbeitet“. Die Gendarmerie wirkte mit dem neu gebildeten Ordnerdienst zusammen, der gegen plündernde Soldaten einschreiten durfte, jedoch ohne Gebrauch von der Waffe zu machen. Die Lebensmittellage war gut. Für die Gemeinden St. Ulrich, Oberhart und Gasselsdorf bestellte man provisorische Bürgermeister.

In St. Martin war es während der kurz dauernden sowjetischen Besetzung zu schweren Ausschreitungen gekommen. Die Bulgaren hatten jetzt die Schlächterei und Bäckerei ihrer Division hier eingerichtet, „infolge dessen herrscht große Unordnung“. Die Ortskommandatur schützte die Bevölkerung nicht, es kam zu Plünderungen und Vergewaltigungen. Als Bürgermeister hatten die Bulgaren den Landwirt Alois Stieglbauer eingesetzt, mit dem zusammen Dr. Rader die Bürgermeister der umliegenden Gemeinden bestimmte. Die Postämter waren in keinem der aufgesuchten Orte in Betrieb.

Dieser Bericht, aus unmittelbarer Anschauung geschöpft, zeigt, wie viel Schwere die Bevölkerung in den ersten Nachkriegstagen durchzustehen hatte. Die Besatzungstruppen wechselten, die Disziplin der Titotruppen wird lobend erwähnt. Viel hing von der Einstellung des jeweiligen Ortskommandanten ab, Gendarmerie und Ordnungsdienst spielten hingegen mit Ausnahme von Pöfing-Brunn nur eine untergeordnete Rolle. In einigen Orten gab es Bürgermeister, die zum Teil von den Besatzungstruppen eingesetzt worden waren, in anderen musste man solche erst bestimmen. Dies erwies sich als nicht immer leicht, da illegale und als Nationalsozialisten bekannte Männer nicht in Frage kamen. Dr. Rader war jedenfalls bemüht, die unterste Ebene der Verwaltung, jene der Gemeinden, soweit diese nicht vorhanden war, zu organisieren und in Gang zu bringen. Dabei kam es – wie zum Beispiel in Schwanberg – auch zu ersten politischen Auseinandersetzungen.

Was die Lage in den folgenden Wochen zusätzlich erschwerte, war der mehrmalige Wechsel der Besatzungstruppen. Die militärischen Verbände befanden sich noch in Bewegung, und ihre Stationierungen änderten sich laufend. Zuerst wurde der Großteil des Bezirkes Deutschlandsberg von sowjetischen Truppen besetzt, nur im Südtail des Bezirkes, vor allem im Saggautal, waren jugoslawische Einheiten in großer Stärke vertreten. Dann kam es vor allem im Gebiet um Schwanberg und Deutschlandsberg zu einem bulgarischen Zwischenspiel. Die erste bulgarische Armee rückte ein und errichtete Ortskommandanturen in Schwanberg, St. Martin, Kerschbaum und Deutschlandsberg. In einem „Befehl Nr. 1“ machte ein Generalmajor Lübanoff die Übernahme der Macht durch ihn bekannt. Waffen waren abzuliefern, Vorräte zu melden und ein Ausgehverbot von 20 Uhr 30 bis 3 Uhr zu beachten. Aber nach etwa einer Woche, um den 20. Mai, zogen die Bulgaren wieder ab. Von nun an blieb der Bezirk

besatzungsmäßig einige Zeit geteilt. Der Gerichtsbezirk Stainz sowie Preding und Tobis, die von Anfang an sowjetisch besetzt gewesen waren, blieben es weiterhin. Von hier dehnten die Russen ihre Besetzung weiter bis Wettmannstätten, Gussendorf und Wildbach aus. Der große Südteil des Bezirkes wurde aber von zwei jugoslawischen Divisionen, die aus dem Saggautal nachrückten und die Bulgaren ersetzten, kontrolliert. Sie errichteten Ortskommandanturen in Eibiswald und Deutschlandsberg, die einem Armeeoberkommando in Leibnitz unterstanden. Doch behauptete das sowjetische Kommando in Stainz, dem ein Oberst Bukovnik vorstand, von der sowjetischen Besatzungsmacht im Lande Steiermark für den gesamten politischen Bezirk Deutschlandsberg eingesetzt worden und dafür zuständig zu sein.¹⁸ In der Tat gab es kleinere russische Kommandos auch in Deutschlandsberg und anderen Orten des Bezirkes. Wie unbestimmt und verworren die Befehlsverhältnisse waren, zeigte sich im Gebiet von St. Martin, das sowohl von der jugoslawischen Oberkommandantur in Deutschlandsberg als auch von jener in Gleinstätten als zu ihrem Befehlsbereich gehörig betrachtet wurde.

Außer Russen und Jugoslawen gab es im Bezirk noch eine dritte Besatzungsmacht, die Briten. Sie hatten den Kamm der Koralpe überschritten, aber im Bezirk Deutschlandsberg nur einen schmalen Streifen des Berglandes besetzt. Die damaligen Gemeinden Rostock, Kruckenberg, Trahütten, Mitterspiel, Kloster und Osterwitz befanden sich teilweise in ihrem Einflussbereich.

Wie das Land Steiermark, so war also auch der Bezirk Deutschlandsberg in verschiedene Besatzungszonen gespalten. Umso schwieriger war die Lage für die Zivilverwaltung. Dr. Rader und seine Beamten trafen immer wieder auf Sperrlinien, die nur schwer zu überqueren waren. Eine solche Sperre bestand etwa in Freidorf an der Laßnitz, sie trennte jugoslawische und sowjetische Besatzungstruppen und verhinderte einige Zeit die Herstellung einer Verbindung zwischen Deutschlandsberg und Groß St. Florian. So gut wie völlig unterbunden wurde von Russen und Jugoslawen jeder Kontakt mit der britischen Zone. Dr. Rader versuchte, mit allen Besatzungstruppen Kontakt aufzunehmen und zu verhandeln. Rasch gelang dies mit den Jugoslawen, doch liegen darüber erst Amtsvermerke seit dem 21. Juni vor.¹⁹ Viele Einzelfragen gab es zu besprechen und zu klären. Der jugoslawische Befehlshaber ordnete damals an, alle Bewohner in Hauslisten zu erfassen und so genannte Volksdeutsche zu registrieren. Sollten diese, wie man befürchtete, zum Verlassen des Gebietes veranlasst werden? Passierscheine wurden benötigt, sie konnten von den Gemeinden, aber auch von den Ortskommandanturen ausgegeben werden. Für die Erhaltung und Reinigung der Straßen war zu sorgen und die Bezahlung von Handwerkern, die von den Jugoslawen beschäftigt wurden, war festzulegen. Bei einer weiteren Besprechung am 26. Juni ging es vor allem um die Aufbringung von

¹⁸ Werner TSCHERNE, Von Lonsperch zu Deutschlandsberg, Deutschlandsberg 1990, 432. – Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, Amtsvermerk vom 15. Juni 1945, Akte Rader.

¹⁹ Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, Amtsvermerk, Vorsprache beim Kommandeur der jugoslawischen Besatzungsarmee am 21. Juni 1945, Akte Rader.

„Raufutter“ für das Vieh.²⁰ Aus Preding und Lannach sollten bis 13. Juli 15 Waggon Viehfutter übergeben, aus dem gesamten Bezirk bis 10. Juli 900 Stück Vieh aufgebracht werden. Zeit bei diesen Verhandlungen zu gewinnen, hieß alles zu gewinnen, da man mit einem Wechsel der Besatzungstruppen rechnete, der dann auch wirklich eintrat. Dr. Rader drang bis zum Oberkommando der 3. jugoslawischen Armee in Leibnitz vor.²¹ Dort verhandelte er mit einem Oberstleutnant, der General Manditsch vertrat. Rader erreichte, dass Rinder auch auf die im britischen Besatzungsgebiet gelegenen Almen aufgetrieben werden durften. Die Beschlagnahme der Waren und Maschinen der Fabrik SOLO in Deutschlandsberg, welche die Jugoslawen verfügt hatten, wurde aufgehoben und ein möglicher Abtransport verhindert. Damit wurde für die bäuerliche wie für die industrielle Wirtschaft des Bezirkes Grundlegendes erreicht.

Schon am 14. Juni traf Dr. Rader mit dem sowjetischen Kommandanten in Stainz zusammen.²² Der Aktenvermerk über diese Besprechung ist umfangreich und umfasst nicht weniger als achtzehn Punkte. Der Offizier, der angab, für den gesamten Bezirk zuständig zu sein, betonte, dass die Aufsicht über die österreichische Zivilverwaltung von dem bei ihm befindlichen politischen Kommissar ausgeübt werde. Ihm ging es vor allem um die Ablieferung von Waffen, die Bekanntgabe von Vorräten und die Erhaltung der Straßen. Immerhin sagte er Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung zu und wollte sich bei den Jugoslawen für eine Verringerung ihrer Truppenzahl einsetzen. Nach Schätzung der Bezirkshauptmannschaft befanden sich im Bezirk zwischen 1000 und 2000 russische Soldaten, aber über 20.000 Jugoslawen mit vielen Pferden. Man befürchtete, dass dies zu einer Hungersnot führen könnte.²³

Schwierig gestaltete sich das Verhältnis zur britischen Besatzungsmacht im Bezirk.²⁴ Ein Zugang zu deren Zone war nur mit Passierscheinen möglich. Auch setzten die Briten alle bisher ergangenen österreichischen Verordnungen und Erlässe außer Kraft und untersagten die Registrierung der ehemaligen Nationalsozialisten. Wirtschaftlich war das Gebiet vom übrigen Bezirk gleichsam abgeschnitten. Die erforderlichen Lebensmittel wurden aus dem Lavanttal über die Koralpe geliefert. Die Bürgermeister dieser Zone gingen, wenn sie „diverse Kleinfragen“ zu erledigen hatten, zu den österreichischen Ämtern in Wolfsberg, zum dortigen Landratsamt und Ernährungsamt. Eine Besprechung Dr. Raders mit einem britischen Offizier, die Ende Juni stattfand, führte zu keiner Änderung dieses Zustandes. Es lag daher nahe, um eine Abspaltung dieses Gebietes zu verhindern, an die Errichtung einer „vorüber-

²⁰ Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, Amtsvermerk, Besprechung bei der jugoslawischen Ortskommandantur in Deutschlandsberg am 26. Juni 1945, Akte Rader.

²¹ Amtsvermerk wie oben, Vorsprache bei dem Kommandeur der jugosl. Besatzungsarmee am 21. Juni 1945, Akte Rader.

²² Amtsvermerk wie oben vom 15. Juni 1945, Akte Rader.

²³ Lage der Besatzungsverhältnisse in der Zeit vom 1. bis 25. Juni 1945, Denkschrift, Akte Rader.

²⁴ Mitteilung aus Trahütten vom 19. Juli 1945; Schreiben des British Military Government 27 in Wolfsberg vom 27. Juli 1945, Akte Rader.

gehenden Expositur“ der Bezirkshauptmannschaft in diesem Gebiet zu denken. Sie sollte in der Gemeinde Kloster errichtet und von den Bürgermeister betreut werden. Die Änderung der Besetzungszonen machte diesen Plan hinfällig, doch beinahe wäre damals Kloster zu „amtlichen Ehren“ gelangt.

Dies ist eine kleine Auswahl der Gespräche, die Dr. Rader und seine Leute mit höheren und niedrigen Dienststellen der Besatzungstruppen führten. Immer wieder galt es zu intervenieren, Missverständnisse zu klären und die Versorgung der Bevölkerung irgendwie zu sichern. Um die Sorgen des Tages zu meistern, befand man sich im Dauereinsatz, wurde dabei bedroht, musste manchmal seine Trinkfestigkeit beweisen, wusste meist nie, welches Ende ein Gespräch nehmen würde, und besaß so gut wie keinen Rückhalt von auch kaum erreichbaren höheren Stellen. Für alle Beteiligten waren es abenteuerliche Tage, die sie durchzustehen und durchzuhalten hatten.

Am 1. Juli kam es zu einer neuerlichen Änderung der Besetzungszonen im Bezirk. Die Jugoslawen zogen ab, und die Sowjets übernahmen deren Gebiet. Das bedeutete wirtschaftlich eine Erleichterung. Die erwähnten jugoslawischen Anforderungen brauchten nicht mehr erfüllt zu werden. Auch war es dem Einsatz des sowjetischen Kommandanten zu verdanken, dass die Jugoslawen nicht wie vorgesehen Vieh und von ihnen beschlagnahmte Radioapparate mitnahmen. Das im Gut Welsberg requirierte Vieh wurde zurückgebracht, das Vieh, das im Gebiet Schwanberg weidete, über 100 Rinder, nicht weggetrieben.²⁵ Deutschlandsberg wurde nun Sitz der sowjetischen Oberkommandantur, der auch das Kommando in Stainz untergeordnet war. *Ihr Befehlshaber nahm die Zügel fest in die Hand. Er betonte, dass seine Regierung ein freies, unabhängiges und demokratisches Österreich wolle. Das Land müsse aber sich selbst verpflegen, und daher sei alles Augenmerk auf die Landwirtschaft zu richten. Faschisten müsse man verhaften, Belastete vor Gericht stellen, leichtere Fälle zu Zwangsarbeiten heranziehen. Noch bestehende Verbände der Freiheitskämpfer seien aufzulösen. Zeitungen und sämtliche Veröffentlichungen unterstünden der Zensur. Für Fahrten über 50 Kilometer seien Passierscheine nötig, die Demarkationslinie dürfe nicht überschritten werden.*²⁶

Einige Wochen später erfolgte ein letzter und diesmal endgültiger Wechsel der Besatzungstruppen. Beginnend mit dem 22. Juli übernahmen die Briten im Laufe mehrerer Tage die Kontrolle über die gesamte Steiermark.²⁷ Damit fand die Teilung des Landes, aber auch die des Bezirkes Deutschlandsberg, ein Ende. Für den Bezirk waren nur mehr die britische Militärregierung in Graz und die Steiermärkische Landesregierung zuständig. Doch eine Reihe von Detailfragen war weiterhin in Un-

²⁵ Amtsvermerk, Besprechung mit dem neuen russischen Ortskommandanten 1. Juli 1945, Akte Rader.

²⁶ Anordnungen der russischen Kommandantur in Stainz vom 2. Juli 1945 an alle Bürgermeister und Gendarmeriepostenkommandanten und Besprechung mit dem russischen Militärkommandanten für den Stadtbezirk Deutschlandsberg am 8. Juli 1945, Akte Rader.

²⁷ Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, Amtsvermerk Zl. Vst M 1/3.

terredungen mit dem britischen Kommandanten für den Bezirk zu klären.²⁸ Dabei wurde festgestellt, dass sich Bahn und Post in Betrieb befanden, das Telefon aber nur für Amtsgespräche benützt werden dürfe. An die Betriebe waren Fragebogen auszugeben, die binnen zwei Tagen in dreifacher Ausfertigung ausgefüllt vorzulegen seien. Das vermittelte einen Eindruck, wie die britische Besatzungsmacht zum Unterschied von den Sowjets vorzugehen beabsichtigte. Immerhin wies man auch darauf hin, dass es in Judenburg und Wolfsberg hunderte von Pferden gäbe, die man sich von der Besatzungsmacht ausleihen und vermutlich später auch kaufen könne. Der Bezirkshauptmannschaft war bisher nur ein Motorrad zur Verfügung gestanden, nun sollte ihr ein Auto zugewiesen werden.

Bald folgten weitere Weisungen. Die Gerichte wurden für alle Rechtssachen zuständig erklärt mit Ausnahme der politischen Strafsachen und der Militärgerichtsbarkeit. Listen waren zu erstellen, und das geschlägerte Holz war zu erfassen. Die Explosion eines Munitionslagers in Wies kam zur Sprache. Da das versprochene Auto nicht eingetroffen war, erklärte sich der britische Hauptmann bereit, bei auswärtigen Verwaltungsangelegenheiten ein Auto bereitzustellen und eventuell selbst mitzufahren. In einer Unterredung am 30. Juli wurde das Feuerwehrwesen geregelt. Kommerzialrat Rainer wurde zum provisorischen Obmann des Feuerwehrverbandes und des Feuerwehrrrettungswesens im Bezirk und Hans Strohmaier zum Kommandanten in der Stadt bestellt. Die Gemeinde Deutschlandsberg wurde ermächtigt, ihre Wirtschaftsbetriebe, die Fleischerei im Gasthof Ehregger und den Teichhof in Feldbaum, weiter zu betreiben, hatte aber für sie gesondert Rechnung zu legen.²⁹ Auch sollten alle Gegenstände, die Bulgaren, Jugoslawen oder Russen verschleppt hatten, gemeldet werden.³⁰ Schritt für Schritt kehrte man auf diese Weise zu einem normalen Leben zurück.

Ein interessanter Vorschlag wurde am 28. Juli vorgebracht.³¹ Die Soldaten der Deutschen Wehrmacht, die von den Briten nach der Kapitulation gefangen genommen worden waren, wurden von den Briten nicht als Kriegsgefangene, sondern als „Übergebenes Personal“ bezeichnet und in Lagern in Ferndorf bei Spittal an der Drau und St. Veit an der Glan zusammengefasst. In Kompanien gegliedert, wurden sie für Arbeiten eingesetzt. An dem erwähnten Tag erschien Dr. Mittelbach, später Amtsarzt an der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, und schlug vor, diese solle sich an die Briten wenden und um den Einsatz solcher Kompanien im Bezirk Deutschlandsberg ersuchen. Er habe im Lager schon mit vielen Soldaten, die aus der Steiermark stammten, gesprochen, und diese wären froh, in ihre Heimat zurückzukehren. Der

²⁸ Dienstbesprechung beim Chef der britischen Militärregierung für den politischen Bezirk Deutschlandsberg am 25. Juli 1945; Besprechung mit dem Chef der britischen Militärregierung in Deutschlandsberg am 28. Juli 1945, Akte Rader.

²⁹ Amtsvermerk Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, Besprechung mit dem Chef der englischen Militärregierung in Deutschlandsberg am 30. Juli 1945, Akte Rader.

³⁰ Amtsvermerk Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg vom 31. Juli 1945, Akte Rader.

³¹ Amtsvermerk vom 28. Juli 1945. Es erscheint Hauptmann Dr. Mittelbach, Adjutant der österreichischen Brigade in St. Veit an der Glan und bringt vor, Akte Rader.

Stab einer solchen Kompanie müsse von der jeweiligen Gemeinde, die Soldaten müssten von ihren Arbeitgebern erhalten werden. Dr. Mittelbach erklärte sich auch bereit, Nachforschungen nach Soldaten österreichischer Herkunft anzustellen, die seit dem 8. Mai vermisst waren. Diese durchaus überlegenswerte Initiative blieb aber ohne Folgen, da die Briten bald begannen, das so genannte „Übergebene Personal“ zu entlassen.

Verhandlungen mit den Besatzungstruppen bildeten ein weites Feld der Tätigkeit der Bezirkshauptmannschaft in diesen Monaten. Ein anderes, nicht minder wichtiges stellte der Aufbau der unteren Ebene der Verwaltung dar. Wenn das öffentliche Leben nicht zusammenbrechen, wenn die Sicherheit halbwegs gewährleistet und Kartensystem sowie Versorgung weiter funktionieren sollten, dann genügte es nicht, dass die Bezirkshauptmannschaft ihre Arbeit wieder aufnahm. Es war auch erforderlich, die Verwaltung in den Gemeinden so rasch wie möglich wieder in Gang zu bringen. Die Bezirkshauptmannschaft benötigte, um wirken zu können, deren Tätigkeit und Unterstützung. Dabei sah sie sich öfter mit der Aufgabe konfrontiert, selbst für die Einsetzung der Leitung zu sorgen.

Zunächst erließ man, so weit wie möglich, persönlich überbrachte Rundschreiben an die Gemeinden. Das erste Rundschreiben, das von der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg hinausging, befasste sich mit der Sicherstellung der Ernährung.³² Da das Rundschreiben vom 9. Mai an alle Ortsbauernführer und Bürgermeister durch die Post nicht mehr zugestellt worden war, machte man erneut aufmerksam, dass die Bestimmungen über Ablieferung, die Genehmigung von Schlachtungen und die Rationierung sämtlicher Bedarfsartikel aufrecht blieben. Am 16. Mai verständigte man die Gemeinden über die Zusammensetzung der provisorischen Landesregierung und ordnete an, freie Wohnungen sofort zu melden. Auswärts untergebrachte Personen dürften aber noch bleiben, bis sie in ihrer Heimat eine Wohnmöglichkeit bekommen würden.

Bald ging man daran, in jeder Gemeinde Antifaschistische Komitees zu bilden, die dem Bürgermeister beratend zur Seite traten oder, wenn ein solcher noch nicht vorhanden war, einen einsetzten. Der Bevölkerung, die oft der Meinung war, es sei möglich, das gewohnte Leben einfach fortzusetzen, war bewusst zu machen, dass Deutschland einen Krieg verloren hatte und auch Österreicher oft als Besiegte angesehen und als solche behandelt wurden. In einem Rundschreiben, das Rader als Leiter des „Sicherungs- und Ordnungsdienstes für den Bezirk Deutschlandsberg“ am 24. Mai, wohl unter dem Eindruck dessen, was er gesehen und erlebt hatte,³³ an alle provisorischen Bürgermeister und Vorstände richtete, wies er zunächst darauf hin, dass das Verhalten der Besatzungstruppen auch aus dieser Sicht zu sehen sei und dass Österreicher „vielfach als Mitkämpfer von Nazideutschland“ angesehen würden. Als Bürgermeister seien Vertreter der antifaschistischen Parteien heranzuziehen. Sie seien

³² Rundschreiben ohne Datum, um den 10. Mai 1945 verfasst, Akte Rader.

³³ Wie Anm. 17.

als Amtswalter zu betrachten, denen nach österreichischem Recht die Befugnisse des Bürgermeisters, des Gemeinderates und des Gemeindetages zukämen.³⁴

Im Laufe der nächsten Wochen trafen bei der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg Schreiben der einzelnen Gemeinden ein, in denen die Namen der Mitglieder der Antifaschistischen Komitees und der bestellten Amtswalter mitgeteilt wurden. Noch im Mai gab etwa der „Ausschuß der demokratischen Einigung (Antifaschistisches Komitee) für den Bereich des Gendarmeriepostens Pöfling-Brunn“ die Namen von je drei Mitgliedern der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei sowie der Volkspartei bekannt, aus denen er sich zusammensetzte.³⁵ Dieses Schreiben belegt, dass sich die politischen Parteien sofort wieder organisiert hatten und das politische Feld auf Gemeindeebene bestimmten. Angaben liegen weiters vor von den Antifaschistischen Komitees von Eibiswald, Pitschgau, St. Oswald ob Eibiswald, Soboth, für das Komitee des Bereiches des Gendarmeriepostens Wies, das sich erst im Juni konstituierte, für Laßnitz, Kruckenberg, Trahütten und Rostock, für Lannach und für St. Oswald ob Eibiswald.³⁶ Im Schreiben der Gemeinde Trahütten wird bemerkt, dass sich die britischen Besatzungsbehörden mit der Bildung Antifaschistischer Komitees nicht einverstanden erklärten und bei der Übernahme des Bezirkes durch sie zu rechnen sei, dass „diese Kombinationen in Zukunft hinfällig werden“. Dazu ist es dann nicht gekommen. Aber im Laufe weniger Monate verloren die Antifaschistischen Komitees, eine Notbildung in unsicherer Zeit, rasch an Bedeutung zugunsten der aufstrebenden politischen Parteien. Dies wurde deutlich etwa in der Gemeinde St. Oswald ob Eibiswald, wo ein der einen Partei angehörender Bürgermeister der anderen nicht genehm war. Fragen der jüngsten Vergangenheit wurden als Argumente benutzt, wogegen sich der Bürgermeister heftig zur Wehr setzte.³⁷ Der normale politische Alltag der Zweiten Republik kündigte sich an, in dem man nicht immer sanft miteinander umging. Immerhin wurde die Tat des Bürgermeisters, den SA-Sturmführer von St. Oswald vor der Verschleppung durch Titotruppen bewahrt zu haben, schließlich von allen gut geheißen.

Die Frage der Einsetzung von Bürgermeistern blieb in manchen Gemeinden des Bezirkes noch monatelang eine Streitfrage und löste oft bittere Diskussionen aus. Das Antifaschistische Komitee des Bezirkes, das sich bald in „Bezirksausschuß der demokratischen Einigung für den Bezirk Deutschlandsberg“ umbenannte, fand es trotz seines Namens oft schwer, eine Einigung zustande zu bringen. Das Gremium, dem je ein Vertreter der drei zugelassenen politischen Parteien angehörte und dem Dr. Rader vorstand, setzte Termine für Besprechungen in den einzelnen Gemeinden

³⁴ An alle Herren Bürgermeister, Akte Rader.

³⁵ Ausschuß der demokratischen Einigung (Antifaschistisches Komitee) für den Bereich des Gendarmeriepostens Pöfling-Brunn, Amtsvermerk Zl. 4/1945, Akte Rader.

³⁶ Meldungen von Eibiswald, Pitschgau, St. Oswald ob Eibiswald und Soboth vom 27. Juni, von Wies am 30. Juni, von Laßnitz am 12. Juli, von Trahütten am 19. Juli und von Lannach am 27. Juli, Akte Rader.

³⁷ Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg, 22. August 1945, Niederschrift über die am Donnerstag, dem 16. August 1945, in St. Oswald ob Eibiswald durchgeführte Verhandlung über die Besetzung des Gemeindevorstandes, Akte Rader.

fest, deren Protokolle sich zum Teil erhalten haben.³⁸ In einer Reihe von Gemeinden erwies es sich als schwer möglich, bestehende Gegensätze auszugleichen. Mehrmals hatte man sich mit dem Vorwurf, der Betreffende habe der NSDAP oder der SA angehört, zu befassen. Manches Mal weigerte sich eine Seite, einen Bürgermeisterstellvertreter zu nominieren, weil sie nicht die Stelle des Bürgermeisters erhalten hatte, und setzte auf Verzögerungstaktik. Zu einer erregten Auseinandersetzung kam es etwa in Groß St. Florian, bis man sich nach einer Aussprache über die Aufteilung der Stellen und der Referate endlich einigte. Allgemein kann gesagt werden, dass in den Maitagen in einer Reihe von Gemeinden der SPÖ nahe stehende Personen die Führung übernommen hatten und nun die ÖVP bestrebt war, ihren vorerst schwachen Einfluss zu stärken. In den Gemeinden kam es zu demselben Vorgang wie in der Landesregierung, wo die ÖVP daranging, nach einem „bad start“ ihre Position zu verbessern. Eine demokratische Entscheidung konnten erst Wahlen bringen, aber die sollten noch Monate auf sich warten lassen.

Zwei Probleme waren es, welche die Menschen in den ersten Monaten der Nachkriegszeit besonders in Anspruch nahmen. Vorrangig war es die Ernährung, die durch die Weiterführung des Erfassungs- und Rationierungssystems zumindest teilweise gesichert wurde. Auch verfügte die Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg am 4. Juni 1945 vorsorglich, dass alle arbeitsfähigen Personen über vierzehn Jahre, die nicht ganztätig beruflich tätig oder in der Landwirtschaft beschäftigt seien, sich bei den Bürgermeistern zu melden hätten und von diesen nach Bedarf für landwirtschaftliche Arbeiten einzusetzen seien. Diese Pflicht, so hieß es, erstrecke sich „selbstverständlich auch auf die Umquartierten (Südostdeutsche, Grazer, Radkersburger, Murecker usw.), über deren Einsatzwilligkeit oft sehr berechtigterweise Klage geführt wird“. Hervorzuheben ist auch hier der Einsatz der Männer, welche die Leitung des Bezirkes und der Gemeinden übernommen hatten und in oft nächtelangen Verhandlungen und mitunter unter Lebensgefahr, die von den Besatzungstruppen beschlagnahmte Vorräte sicherten und drohende Eingriffe abwehrten. Dr. Rader etwa gelang es auf diesem Wege, die Mitnahme der erwähnten Viehherden zu verhindern,³⁹ welche die jugoslawischen Truppen bei ihrem Abzug mitführen wollten.

Ein anderes Problem bildete für die Verwaltung die Aufgabe, alle Personen, die zwischen dem 1. Juli 1933 und dem 27. April 1945 der NSDAP oder einer ihrer Organisationen angehört oder sich um eine Aufnahme beworben hatten, zu registrieren. Schon am 4. Juni 1945 erging ein dementsprechender Erlass der Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg „An alle Herren Bürgermeister“.⁴⁰ In ihm wurde angeordnet, dass alle betreffenden Personen „bis zur Übersendung der in Druck be-

findlichen Formblätter vorläufig in eine Liste aufzunehmen“ seien. Auch seien „aus den registrierungspflichtigen Nationalsozialisten Arbeitskolonnen zu bilden“, die zu Aufräumungsarbeiten, zu Arbeiten für die Besatzungstruppen und in der Landwirtschaft einzusetzen seien. Die Wirklichkeit entsprach nicht dem harten Ton dieses Erlasses, meist hatten die Betroffenen nur einige Tage mehr oder weniger angenehme Arbeiten zu verrichten. Mit der Registrierung der Nationalsozialisten begann eine Entwicklung, die erst mit den Gesetzen des Jahres 1947 weitgehend abgeschlossen wurde und daher einem späteren Zeitraum angehört.

Kehren wir abschließend zur Person Dr. Raders zurück. Bis 24. Juni 1945, da die schwerste Zeit überstanden war und sich in der Verwaltung des Bezirkes wie der Gemeinden neue, tragfähige Strukturen gebildet hatten, führte er die Geschäfte des Bezirkshauptmannes. Am 25. Juni übernahm Dr. Hans Knieli, der schon von 1933 bis 1938 Bezirkshauptmann in Deutschlandsberg gewesen war, wieder die Amtsführung. Dr. Rader blieb bis 26. Juli Vorsitzender des Bezirksausschusses der demokratischen Einigung und bis 30. August Stellvertreter des Bezirkshauptmannes. Bis zum Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen führte er alle Verhandlungen mit diesen. Auch war er während seiner gesamten Amtsperiode als Amtstierarzt tätig. Die Verdienste, die er sich durch sein Wirken in schwerer Zeit um den Bezirk Deutschlandsberg erworben hatte, wurden allein durch ein Schreiben des Betriebsführers und Vorstandes der SOLO Zündwaren- und Chemische Fabriken AG Karl Hornberg gewürdigt. Dieser dankte Dr. Rader „für die Fürsorge, die Sie unserer Fabrik in dieser schweren Zeit angedeihen ließen, herzlichst“.⁴¹ Der Dank des Landes ließ auf sich warten. Dafür hatte sich Dr. Rader 1947 einem Entregistrierungsverfahren zu stellen, das allerdings reine Formsache blieb.⁴² Im April 1950 kam Dr. Rader als Landesveterinärinspektor und Stellvertreter des Landessanitätsdirektors an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung nach Graz, wo er bis zu seiner Pensionierung verblieb.

³⁸ Bericht über die Sitzung vom 18. September 1945 und die Sitzung vom 25. September 1945, Bezirksausschuß der demokratischen Einigung für den politischen Bezirk Deutschlandsberg, Akte Rader.

³⁹ Siehe u.a. ein Schreiben Dr. Raders an die Steiermärkische Landesregierung in Graz vom 10. Jänner 1955, Akte Rader.

⁴⁰ Bezirkshauptmannschaft Deutschlandsberg Zl. A5/1/1945 vom 4. Juni 1945, Betrifft Arbeitseinsatz, Akte Rader.

⁴¹ Schreiben von Karl Hornberg, Betriebsführer und Vorstand der SOLO Zündwaren und Chemische Fabriken AG, vom 18. April 1946.

⁴² Registrierungsakten der Gemeinde Deutschlandsberg 1945–1950, StLA Graz, BH Deutschlandsberg 14/II, M–R, Karton 310.